

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeb.). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Kriegsziele unserer Feinde

„Niemand hat mich die letzte Zuversicht verlassen, daß Deutschland trotz der Ueberzahl seiner Gegner unbezwingbar ist, und jeder Tag befestigt sie auf neue. Das deutsche Volk weiß, daß es um kein Dasein geht. Es kennt seine Kraft und vertraut auf Gottes Hilfe. Darum kann nichts seine Entschlossenheit und Ausdauer erschüttern.“
Der Kaiser.

Eine Welt haben wir zum Feind. Als es zum Kriege kam, da sahen wir erst, wie erschreckend einsam es um uns war, wie wenig Freunde wir haben. Woher das kommen mag?

Ein Neutraler, der uns wohl will, hatte folgende Erklärung dafür: Ihr Deutsche seid ein jugendfrisches Volk, das rastlos strebt und etwas will in der Welt. Die Parole „Vorwärts“ steckt in euch allen und wirkt sich in allen aus, in den unteren Preisen, wie in den oberen. Neben euch habt ihr zwei alte Kulturvölker: Frankreich und England. Das eine einst die militärische Vormacht auf dem europäischen Kontinent, das andere Beherrscherin der Meere und bis in die Neuzeit wirtschaftliche Vormacht Europas, ja der Welt. Die beiden Völker haben das Tempo ihres Aufstiegs längst verlangsamt, sind behäbig und bequem geworden, Genossen der Kultur. Sie sahen euch als uneiniges, ohnmächtiges, armseliges Volk, hilflos wie ein Kind und ein Spielball der anderen. Dann habt ihr euch auf euch selbst besonnen, seid unter großen Staatsmännern und Wirtschaftsorganisatoren in knapp einem halben Jahrhundert ausschlaggebende Großmacht militärisch, politisch und wirtschaftlich geworden. Das, was ihr euch gemacht habt, läßt aber ahnen, was ihr noch werden könnt, wenn ihr so weiter arbeitet. Ihr seid, ob ihr wollt oder nicht, eine Gefahr für die anderen, eben weil ihr so unruhig, rastlos, arbeitsam, fleißig, so überaus strebsam seid. Eure guten Eigenschaften werden von Frankreich und England als eine Bedrohung ihres ureigensten Besitzes empfunden. Darum hassen sie euch und scheitern euch Exportzömine. — Hier liegt in der Tat die Quelle der Abneigung gegen das deutsche Wesen, hier ist die Erklärung für die Tatsache unserer Unbeliebtheit zu suchen. Um einen Vergleich anzuwenden: es ist wie wenn die im Besitze von Geld, Ehre und öffentlichem Einfluß sich befindlichen Klassen im Staate sich bedrückt und bedroht fühlen durch den unruhigen, rastlosen zum Bilde strebenden jüngsten Stand in der Gesellschaftsfamilie, den Arbeiterstand, und ihn mit Gewalt den Weg versperren wollen. Nicht an dem einen liegt es, der alle Kraft aus sich herausholt, die in ihm liegt, sondern an den anderen, die es ihm wehren wollen. Geränkter Stolz Frankreichs und Konkurrenzneid Englands haben sich gegen uns verbunden, sie haben Rußland mit in den Bund hineingezogen und mit ihren Machtmitteln und Vorkräften andere Hilfsvölker gegen uns mobil gemacht. Die Ziele der drei Großen gehen gegen unsere Lebensinteressen.

Denken wir zurück. Der früheste und klarste Ausbruch englischer Kriegszielpolitik gegen Deutschland war der im „Engineer“, der vornehmsten technischen Ingenieurzeitschrift Englands. Das Blatt schrieb in seiner Ausgabe vom 23. Sept. 1914: „Ein Mittel gibt es, durch das wir das Ziel, das wir uns vorgezogen haben — uns des bisherigen deutschen Handels zu bemächtigen — erreichen können. Mitleidlos grausam ist das Mittel freilich, doch hervorragend einfach. Wir meinen die wohlüberlegte und organisierte Zerstörung aller Werke der deutschen Industrie, eine organisierte Zerstörung, die auch die großen Eisen- und Stahlwerke Deutschlands treffen müßte. Die Besetzung deutschen Bodens durch die Armeen der Allierten müßte benutzt werden, um alle größeren Industrieanlagen innerhalb des

befetzten Gebietes zu zerstören.“ Kürzere Formeln wurden seitdem von autoritativer Stelle, von englischen Ministern geprägt. So z. B.: daß es keinen Engländer gäbe, der nicht am Tage nach der Zerstörung Deutschlands nicht reicher wäre. Es gibt heute kaum einen Engländer, der den Krieg mit dem Deutschen Reich anders auffaßt, denn als Kampf um die Herrschaft auf dem Weltmarkt, und zwar auf Leben und Tod. Die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft Englands steht mit dem englischen Kapital durchaus in einer Kampffront. England kennt die Grundlage unseres Industrielebens genau und weiß, auf welchen Welt Handelsstraßen ihm der deutsche Kaufmann begegnete. Es weiß, daß wir Eisen aus Schweden und Spanien bezogen, Baumwolle aus Amerika, Ägypten und Indien, Wolle aus Australien und Argentinien, weiß, daß wir 1912 für 1283 Millionen Mark Werte an Gummi, Baumwolle, Kakao, Bohnen, Sesam, Palmkerne und Kobra, Datteln und Reis eingeführt, davon die Hälfte aus englischen Kolonien. England kennt seine Kraft und nicht die Rücksichtslosigkeit. Betrachte die Weltkarte und zähle die englischen Kolonien, Handels- und Flottenstützpunkte und wirtschaftlichen Interessensphären, dann weißt du, wessen wir uns in diesem Gegner zu versehen haben, und begreifst, warum Italien untkyppte, Portugal unsere Seilseile nehmen mußte, warum Griechenland zerrüttet wird und die neutralen Nordstaaten sich berart pressen und brücken lassen müssen. England gibt Brot oder verweigert es, gibt Geld oder verweigert sein Geld. Es ist der Diktator der Ententemächte. Damit ist dieser hartnäckigste und talblütigste Feind Deutschlands der tatsächliche Beherrscher der feindlichen Mächtegruppierung, und was an ihm liegt wird geschehen, daß das Kriegsergebnis so ausfällt, daß es Englands Ziele fördert. 41 Kriege hat England in 76 Jahren für die Ausbreitung seiner Welt Herrschaft aus handelspolitischen Gründen geführt. Der große Weltkrieg gegen uns ist der 42.

Frankreich hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß es die verlorene Provinz Elsass-Lothringen wieder haben will. Alle Franzosen wollen sie. Und noch mehr dazu. Die krankhafte Entartung im französischen Volk scheint seit Kriegsausbruch alle Grenzen überschritten und auch ehemals ruhig und vernünftig überlegende Leute mit blindem Fanatismus geschlagen zu haben. Dort werden in einensort die Wutungen auf Zerstörung Deutschlands gemacht, werden die Landkarten vertrieben, die ein aufgetakeltes, jämmerlich zerhacktes, verkrüppeltes, ohnmächtiges und verflabtes Deutschland darstellen. Ein „vergrößertes Frankreich“ kündigte der Präsident der französischen Republik unlängst auf den Trümmern der Werke von Verdun an.

Und das Kriegsziel Rußlands. Es will Konstantinopel haben, das freie Meer gewinnen. In Ostasien schlagen die Versuche fehl, da ihm das Jungaustrebende Japan den Weg vertrat. Um persischen Golf ging es nicht, weil es England nicht dulden wollte, um Indiens willen. Also soll es nun über die Dardanellen gehen. Hier will Rußland eine politische und militärische Herrschaft aufrichten ohne Rücksicht auf Deutschlands und seiner Verbündeten Lebens- und Zukunftsinteressen. Stellen wir uns wieder vor die Landkarte: England beherrscht die Meere und schiebt uns nach Norden und Nordwesten ab. Frankreich bildet die westliche, Rußland die östliche Mauer und nun würde Rußland Konstantinopel und die Dardanellenstraße nehmen und uns den Weg südöstlich über die Landbrücke nach Kleinasien endgültig verlegen. So wären wir mit samt unseren Verbündeten gebunden an Hände und Füße, zum Stechtum verurteilt. Das Deutsche Reich müßte herabsteigen von der Höhe, auf die es ein stolziges,

arbeitsames und energisches Volk unter unendlichen Mühen hinaufgehoben hat. In solchem Zusammenhang steht der Balkan als Kriegsschauplatz, in diesem Licht sind unsere ersten und die letzten Siege da drunter zu werten. Rußland hat noch ungehobene Kraft in sich. Darum darf es aber doch nicht, wie ein russischer Politiker sich ausgesprochen, den Krieg als „Lebensbedürfnis“ herausstellen und einem rücksichtslosen Eroberungsgedanken ungezügelt Lauf lassen.

Wie kann ein deutscher Arbeiter einzeln und allein zu diesen Kriegszielen der Feinde stehen? Sie müssen ihn aufopferlichen zum Widerstand bis zum letzten Atemzug. Deutsche ohne Ehrgefühl und ohne Selbstachtung, beschränkte Leute, mögen sagen: ob deutsch, oder französisch, belgisch, englisch oder russisch, etnerlei. Wie töricht! Wenn wir heute bestegt und unsere Feinde in unser Land hereingebrochen wären, um uns den Frieden aufzuzwingen, den sie wollten, dann wären wir morgen nicht französische, belgische, englische, russische Bürger, sondern nur unter deren Herrschaft, deren verachtete Knechte. Wer möchte solches Sklavenlos? „Schlechter kann es uns nicht gehen“, meint unwillig eine arme Kriegerfrau. Wie sehr geht sie in die Ferne. Da muß sie unsere Kämpfer von der Front erzählen lassen, welchen Jammer sie in den besetzten Gebieten geschaut. Auch dem arbeitenden Volke könnte es schlechter gehen, wie es ihm im deutschen Vaterlande bislang ergangen. In England lebt der achte Teil des Volkes in Reichum, ein Drittel in der entsetzlichen Armut und das übrige gibt es einen unbedeutenden Mittelstand; von Rußland erwartet man es nicht besser; ein Tausch mit dem Los der französischen Arbeiter wäre ein schlechter Tausch.

Wer mit dem Vaterland fühlt, der denkt und spricht mit dem Kaiser: „Wir werden diesen Kampf zu einem Ende führen, das unser Reich vor einem neuen Ueberfall schützt und der friedlichen Arbeit deutschen Geistes und deutscher Hände für alle Zukunft ein freies Feld sichert. Frei, sicher und stark wollen wir wohnen unter den Völkern des Erdballs.“

Preisbildung und Preispolitik

(Schluß.)

In der Regel wird der Konsument erst dann auf die Preissteigerung aufmerksam, wenn sie das Gleichgewicht der Haushaltungskosten zu stören droht. Er merkt es weniger, daß die Preise für Schlachttiere zurückgegangen sind (in diesem Falle halten sich die höheren Fleischpreise oft noch eine Zeit lang), dagegen wird er bedenklich gestimmt, wenn die Fleischpreise von Woche zu Woche oder von Monat zu Monat steigen. Nicht zu vergessen sind hier die verschleierte Preiserhöhungen. Die Qualität wird verschlechtert oder die Quantität wird verändert (das Drei- und Fünfpennigbrot wird kleiner gemacht u. a.).

Auch auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes geben nicht immer die eigentlich preisbildenden Faktoren den Ausschlag. Die Schwierigkeit der Ortsveränderung, die mangelnde Kenntnis der Lage des Arbeitsmarktes und der Vermutungsmöglichkeit seiner Arbeitskraft tragen dazu bei, daß die entscheidenden Faktoren weniger zur Geltung kommen. Ebenso werden oft die Miet- und Pachtpreise (zum Teil aus Dringlichkeit, zum Teil aus Mangel an ökonomischem Interesse oder aus der Scheu vor der Störung eingelebter Beziehungen) auf einer dem Markte nicht mehr entsprechenden Höhe gehalten.

Von großer praktischer Bedeutung ist die Klingische Preisregel. Sie besagt, daß, wenn ein Zehntel der Ernte ausfällt, der Preis regelmäßig um drei Zehntel höher wird, wenn die Ernte um zwei Zehntel hinter dem Durchschnitt bleibt, eine Preissteigerung von acht Zehnteln die

regelmäßige Folge ist, wenn die Ernte um drei Zehntel zu gering ausfällt, der Preis sich um 16 Zehntel erhöht, bei einem Ernteminus von vier Zehnteln eine Preissteigerung von 28 Zehnteln (siebenfach) die Folge ist, und einem Ernteminus von fünf Zehnteln entsteht eine erfahrungsgemäße Preissteigerung um das Neunfache (45 Zehntel).

Zu dieser Preisregel bekennt sich Prof. Dr. Kul. Wolf, indem er das Kingsche Gesetz als „Gesetz der Disproportionalität (nicht dem Verhältnis entsprechend) in der Bewegung von Marktvorräten und Preisen“ im Sinne der Auftragung der Verschiebungen in Angebot und Nachfrage zum Vielfachen auf den Preis auch heute noch und gerade für den freien Markt als in Kraft stehend bezeichnet. Für verschiedene Waren gilt das Gesetz in verschiedener Stärke, es gilt mehr für die Gegenstände der absoluten Notdurft als für die des allgemeinen Luxus. „Was ich nötig habe, wessen ich unter keinen Umständen entzogen werden kann, das kaufe ich um jeden Preis.“ Werden die zur Befriedigung der Bedürfnisse nötigen Güter teurer, dann konkurrieren die Käufer miteinander, umgekehrt die Verkäufer. Wo die geschilderte Preisregel auch nicht so offensichtlich erkennbar ist, können wir doch beobachten, wie jene Wirkung von Mangel oder Ueberschuß auf den Preis um das Vielfache ihres Verhältnisses stattfindet. Jene Regel aber wäre nicht richtig, wenn sich ihre Wirkungen nicht auch nach unten geltend machten (in der unverhältnismäßig großen Preisverringerung bei großem Warenüberschuß). Die Anwendung der Kingschen Preisregel auf das Angebot zeigt, wie mächtig die Wirkung der Konkurrenz sein kann, wie es dann gehen kann, wenn der Markt übermäßig besetzt ist. Durch den Eintritt in die Weltwirtschaft, die durch die modernen Verkehrswege erschlossen wurde, sind so fürchterliche Preischwankungen, wie sie früher auftraten, fast ganz verschwunden. Eine Preissteigerung um das Neunfache wäre wohl kaum zu ertragen, und sie wird voraussichtlich auch nicht zur Tatsache werden. Der Kern jener Theorie ist aber richtig. Auf unsere heutigen Verhältnisse angewandt, besagt sie, daß ein Minus des Angebotes um beispielsweise 3, 5, 10, 20 Prozent den Preis nicht um 3, 5, 10, 20 Prozent, sondern höher ansteigen läßt und daß ein Mehr des Angebotes Preisfenkungen weit über dieses Maß hinaus bewirkt.

Zur Illustration des eben Gesagten sei darauf hingewiesen, daß feinerzeit die Holländer Getreide Ladungen, wenn sie zu reichlich kamen, ins Meer warfen oder verbrannten, weil sie aus dem verbliebenen Rest weit mehr lösen konnten, als aus der vollen Zufuhr. Auch heute noch bringt die geringere Ernte häufig größeren Erlös als die reichliche.

Eine besondere Art von Preisen sind die Monopolpreise. Sie entstehen, wenn ein oder nur eine kleine Anzahl von Unternehmern in der Lage ist, die Preise nach eigenem Ermessen zu bestimmen. So kann für Wein aus ganz besonderen Grundstücken ein Monopolpreis erzielt werden, der Besitzer kann durch deren Verwertung unter Umständen Monopolpreise erlangen. Monopolpreise können aber auch erreicht werden durch den Zusammenschluß von Unternehmern. Hier beruht das Monopol auf einem Vertrag. Jeder der kartellierten Unternehmer verpflichtet sich, nur zu dem vom Kartell festgesetzten Preise zu verkaufen. Ob das Kartell auch wirklich Monopolpreise erzielt, hängt davon ab, ob die Unternehmer derselben Branche sich mehr oder weniger an der Kartellierung beteiligen und ob sie die ge-

troffenen Vereinbarungen auch wirklich halten. Hat sich aber ein verhältnismäßig großer Teil der Unternehmer der gleichen Branche nicht angeschlossen, dann wird der Einfluß des Kartells auf die Preisbildung nicht von großer Bedeutung sein. Aber wie alles seine Grenzen hat, so hat auch die Preisbildung monopolisierter Unternehmungen ihre Grenzen. Sie richtet sich nach der Größe des Bedarfes, nach der Zahlungskraft der Konsumenten, nach dem vorhandenen Quantum und nicht zuletzt danach, welche Meinung sich das Käuferpublikum über das monopolisierte Gut gebildet hat.

Der Inhaber eines Monopols kann, ohne die Rentabilität des Unternehmens in Frage zu stellen, die Preise nur bis zu einem gewissen Grade selbstherrlich bestimmen. Kein Mensch aber kann es ihm verwehren, für dasselbe Produkt verschiedene Preise zu nehmen. So, dies wird unter Umständen in seinem eigenem Interesse liegen. Ein Teil seiner Kundschaft kauft ihm das Produkt auch ab, wenn der Preis sehr hoch ist. Ein so zahlungsfähiger Kreis kauft aber in der Regel nicht den ganzen Bestand. Den übrigbleibenden Teil setzt er daher zu einem billigeren Preise an ein minder kaufkräftiges Publikum ab. An diesem Verkauf verdient er zwar nicht so viel, aber den größeren Absatz gewährt im gesamten doch eine größere Rentabilität. Wo z. B. Gas zu Koch- und Heizzwecken billiger abgegeben wird als Leuchtgas, haben wir ein praktisches Beispiel ähnlicher Art. Wäre das Kochgas teurer als Kohle, dann würde die Kohle dem Gas als Heizungs mittel vorgezogen werden. Bei der Beleuchtung konkurriert das Gas mit dem elektrischen Licht. Mit ihm kann Leuchtgas den Wettbewerb auch noch aufnehmen, wenn es teurer ist als Kochgas. Daß die Kartelle verschiedene Preise nehmen, ist bekannt. Nachdem der Markt des Inlandes zu höheren Preisen gedeckt ist, verkaufen sie an das Ausland zu billigeren Preisen.

Die Preispolitik des Staates und der Gemeinden (oder Selbstverwaltungskörper) muß aber auch auf andere Ziele gerichtet sein, als die der einzelnen Unternehmer oder großer Syndikate oder Kartelle. Auf möglichst ausreichende Versorgung, gerechte Verteilung und erschwingbare Preise müssen sie bedacht sein. In solchen Fällen, wo es zweckmäßig ist, den Urzeugern höhere Preise zu bewilligen, als die ärmeren Volksschichten zu zahlen fähig sind, kann der Staat oder die Gemeinde in irgendeiner Form Prämien gewähren oder die entsprechenden Produkte ankaufen und zu billigeren Preisen abgeben. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß man zuerst auf eine genügende Versorgung bedacht sein muß und daß erst dann die Frage der billigeren Preise in Betracht kommt. „Allerobstes Gesetz muß sein, daß reichliche Nahrungsmittel wichtiger sind, als billigere Preise.“ (Prof. Fehbacher.) Die Bedeutung dieses Grundsatzes hat man an vielen Stellen zu spät erkannt. Es war gewiß nötig, Stellen zu schaffen, die vor wucherischer Ausbeutung schützen, wie etwa die Preisprüfungsstellen und das Kriegswucheramt, aber viel wirksamer hätte eine Reichsstelle zur ausreichenden Beschaffung von Lebensmitteln wirken können.

Man hat vielfach vor lauter Wald die Bäume nicht gesehen. Immer wieder wurde betont: Wir haben zum Leben genug, wir kommen mit dem Vorhandenen durch. Es war ganz richtig, das Volk zu beruhigen; aber energischer hätte man daran denken sollen, daß die ausreichende Versorgung das Hauptziel sein müsse und daß die einzelnen Bundesstaaten, Städte und Kommunalverbände

im Einkauf nicht miteinander konkurrieren sollen. In diesen Dingen herrschte die Dezentralisation, an Stelle der einzig wirksamen Zentralisation mit den sachkundigen Männern unseres Reiches an der Spitze.

Neben dieser unerfreulichen Konkurrenz haben vor allem die großen und kleinen Anglistenkaufe verteuerns gewirkt. Industrielle und Großhändler haben im Ausland Vorkaufkäufe und Anglistenkaufe vorgenommen und so zur Verschlechterung der heimischen Wälua beigetragen. Die kleinen Anglistenkaufe und die Hamsterer wirkten ebenfalls preissteigernd, nicht minder die Masseneinkäufe des Staates und der Städte, der berückichtigte Kettenhandel hat das Maß der Verteuerung voll gemacht.

Soweit die Verteuerung auf Fehler und Mängel im Einkauf oder besser gesagt in der Organisation des Einkaufes (in den Einkaufsmethoden) zurückzuführen ist, läßt sich vieles dagegen tun. Begrenzter ist die Beschaffung, sie ist an ganz natürliche Bedingungen gebunden, aber immerhin kann auch hier manches verbessert werden. Ausgiebiger Erzeugung im Inlande, geschlossener Einkauf im Inlande können manche Verteuerungen bewirken.

Allgemeines

Das Eiserne Kreuz erhielten folgende Kollegen: **Gesetter Albert Jolkowski**, Mitglied der Zahlstelle Ulf; **Franking**, Mitglied der Zahlstelle Vork i. W.; **Unteroffizier Joh. Möllers**, Mitglied der Zahlstelle Münster i. W.; **Zimmerer**; **Gesetter Bernh. Schapers**, Mitglied der Zahlstelle Münster i. W.; **Maurer**; **Bernhard Remmers**, Mitglied der Zahlstelle Rheine (erhielt dasselbe persönlich vom deutschen Kronprinzen überreicht).

Mißbrauch der Kriegerfamilienunterstützung. Eine rheinische Fabrik sendet an ihre im Felde stehenden Angestellten folgendes Schreiben:

„Infolge der langen Dauer des Krieges, der zu erwartenden enormen Besteuerung der Gewinne und der heute noch unüberschaubaren Geschäftslage nach Kriegsende sind wir genötigt, unsere Interessen bei Auszahlung der Unterstützungsgelder zu wahren. Unsere Interessen schreiben es uns aus den oben angeführten Gründen vor, in der Frage der Unterstützungsgelder unsererseits Nachsicht zu schaffen und Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Wir können nicht Unterstützungsgelder zahlen, deren Summe schon eine beträchtliche Höhe erreicht hat, wenn wir nicht gewiß sind, daß Sie sich verpflichten, noch mindestens drei Jahre nach Beendigung des Krieges in unseren Diensten zu verbleiben. Die Maßnahme soll keine Zwangs-, sondern eine Vorsichtsmaßnahme unsererseits sein, von dem Standpunkte aus: Leistung gegen Gegenleistung. Bei der weiteren Dienstleistung Ihrerseits nach Beendigung des Krieges soll es nicht ausgeschlossen sein, daß Gehaltsveränderungen, soweit sie unseren Interessen entsprechen, eintreten können.“

Diese Vorsichtsmaßregel unsererseits geschieht in Übereinstimmung mit der heutigen Auffassung vieler großer Verbände und Firmen und wird jetzt allgemein eingeführt.

Wir bitten Sie, die beifolgende Bestätigung mit Ihrer Unterschrift zu vollziehen, worauf wir sofort die weitere Auszahlung veranlassen werden; andernfalls müßte diese von nun ab unterbleiben. Wir danken Ihnen für die bisher geleisteten Dienste, wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute und zeichnen inwischen.

Daß unter den Angestellten dieses Schreibens große Beunruhigung auslöst, ist begreiflich. Denn „viele große Verbände und Firmen“ sollen auf dem gleichen Vordat stehen. Die Not soll dazu dienen, um die Angestellten für Jahre zu binden. Es gibt wirklich wenig Selbstlosigkeit in der Welt.

Dänemark

Die Bewohner der dänischen Inseln, die sich später in die vorher von dem deutschen Stamme der Jüten bewohnte und darum nach diesem benannte Halbinsel („jütische Halbinsel“) verbreiteten, gehören wie die Schweden und Norweger dem nördlichen Zweige der Germanen an. Seine größte Bedeutung erlangte Dänemark unter dem bekannten König Knut von Dänemark, dem größten mittelalterlichen Herrscher des Nordens. Er eroberte England (1013-16) und Norwegen (1028), gewann auch Schleswig hinzu und bildete so ein großes norddeutsches Reich. Nach seinem Tode (1035) fiel dieses Reich jedoch wieder auseinander. Noch einmal während des Mittelalters wurden die drei nördlichen Königreiche (Denn auch Norwegen und Schweden waren seit Mitte des 9. Jahrhunderts einträchtige Königreiche) vereinigt, und zwar durch die sogenannte Union von Kalmar. Die Königin Margarethe von Dänemark vermachte die sich mit dem König Jakob von Dänemark verheiratete, betriebe im Jahre 1397 die Krone der drei Länder (Dänemark, Schweden und Norwegen) nach Kalmar und brachte hier das unter dem Namen der Kalmarer Union bekannte Norddeutsche Reich, nach welchem folgen wir die Krone über die drei nördlichen Königreiche. Jedes hatte jedes Land seine eigene Krone und Sprache behielten. Nach Margarethe regierten über ein Jahrhundert lang Könige, aber die drei nördlichen Königreiche blieben. Denn seit die Union wieder auseinander.

land Dänemark zwingen, gegen Napoleon Partei zu ergreifen und den Engländern im Kampf gegen Napoleon beizustehen. Da Dänemark sich weigerte, dem englischen Ansuchen Folge zu leisten, bombardierten englische Kriegsschiffe im September 1807 Kopenhagen, die Hauptstadt Dänemarks, und bemächtigten sich der dänischen Flotte die sie einfach der englischen Flotte einverleibten. Gleichzeitig nahmen die Engländer den Dänen auch ihre Kolonien ab sowie die Insel Helgoland, welche bis dahin dänisch war. Diese brutale englische Gewalttat gegenüber Dänemark ist ein rechtes Beispiel dafür, wie die Engländer früher schon sich in der rücksichtslosesten Weise über die Rechte der kleinen Staaten hinwegsetzten, während sie heute nicht genug zeteren können über die „Vergewaltigung Belgiens durch Deutschland“.

Dänemark zählt heute etwa 2,8 Millionen Einwohner, das sind 73 Einwohner auf den Quadratkilometer gegen 124 in Deutschland. Unter den skandinavischen Staaten hat Dänemark die dichteste Bevölkerungsziffer, da Schweden nur 13 und Norwegen gar nur 7 Einwohner auf den Quadratkilometer aufzuweisen hat. Dänemark besitzt nur eine einzige große Stadt, Kopenhagen, die in einer Ecke des Landes liegt, mit einem Faße beinahe schon in Schweden. Die dänische Bevölkerung ist zu 54 Prozent landwirtschaftlich tätig. Im Jahre 1880 hatte Dänemark noch eine erhebliche Ausfuhr an Getreide, heute ist eine beträchtliche Einfuhr nötig. Dagegen hat die Ausfuhr von tierischen Produkten eine bedeutenden Aufschwung genommen, seit 1880 vor 3 auf 30 Millionen Mark. Dänemark ist ein Land landwirtschaftlicher Bevölkerung; die Ausfuhr an tierischen Produkten ist ganz überwiegend bedingt durch die Einfuhr von drei

Viertel bis eine Million Tonnen Getreide und Futtermittel. Die Gesamtausfuhr der landwirtschaftlichen Waren erreichte die statistische Summe von 500 Millionen Mark, d. h. eine Ausfuhr von 310 M auf den Kopf der Landbevölkerung. Diese große Ausfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen macht 93 Prozent der ganzen Ausfuhr Dänemarks aus. Ueber die Hälfte der Ausfuhr Dänemarks geht nach England, während knapp ein Siebtel der Einfuhr von dort kommt. Von Deutschland bezieht Dänemark ein Drittel seiner Gesamteinfuhr, während Dänemark ein Fünftel seiner Ausfuhr nach Deutschland schickt. Deutschlands und Englands Einfuhr nach Dänemark zusammen machen die Hälfte von Dänemarks Gesamteinfuhr aus, während drei Viertel der gesamten Ausfuhr Dänemarks von diesen beiden Ländern aufgenommen werden.

Dänemark hat ein großes Interesse daran, mit Deutschland auf freundschaftlichem Fuße zu bleiben. Denn von Deutschland hat Dänemark nichts zu befürchten, dagegen wohl von England und Rußland. Sowohl England wie Rußland spekulieren auf die Zugänge bzw. Ausgänge der Ostsee. Drei Zugangstraßen führen von dem zwischen Dänemark und Schweden gelegenen Kattegat zur Ostsee: der große Belt, der kleine Belt und der Sund. Eine Inanspruchnahme dieser Seewege ist für Deutschland nicht nötig, seitdem Deutschland den Kaiser-Wilhelm-Kanal besitzt, der Schleswig-Holstein durchschneidet und die Ostsee mit der Nordsee verbindet. Deutschland weiß vielmehr die Bedeutung eines selbständigen Dänemarks zu schätzen, weil Dänemark einen natürlichen Schutzwall für unsere Ostsee gegen britische Überfälle bildet.

Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine. Am 12. Oktober waren 25 Jahre verflossen, seitdem der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine gegründet wurde. Fünf katholische Arbeitervereine bestanden damals in München. Unter Führung des damaligen Stadtpfarrers Gilg beriefen die fünf Präsidien am 12. Oktober 1891 nach München eine „Konferenz süddeutscher Arbeitervereins-Präsidenten“ ein, der insgesamt 27 Herren beizuhören. Die Zahl der katholischen Arbeitervereine in Süddeutschland war damals noch recht dürftig. Nach dem Mainzer Katholikentag 1848 wurde 1849 in Regensburg der erste katholische Arbeiterverein gegründet; von 1849 bis 1879 entstanden nur fünf weitere Vereine in Bayern. Als der Katholikentag in Amberg 1884 dann so recht das Fundament der heutigen katholischen Arbeitervereine gelegt hatte, entstanden von 1885—1890 in Bayern weitere 16, in Württemberg 5 und in Baden 8 Vereine. Alle diese sollten nun auf der Münchener Konferenz in einen Verband zusammengeschlossen werden. Wie sehr das schwierige Werk gelungen ist, weiß man. Überdies großartig hat sich der Verband entwickelt: man braucht nur einen Blick in das Verzeichnis in München zu werfen, wo sich die Zentrale des Verbandes und auch die Redaktion des Verbandsorgans „Der Arbeiter“ befindet, um zu erkennen, wie mächtig diese Organisation der katholischen Arbeiter Süddeutschlands erstarkt ist.

Die Getreideversorgung Englands aus seinen Kolonien. Die englischen Kolonien lieferten in den Jahren 1908 bis 1910 durchschnittlich 35,1 Prozent allen Weizens, die in England eingeführt wurde, und diese Menge stellte 28,1 Prozent des englischen Gesamtverbrauchs dar. In den Jahren 1911—1913 dagegen lieferten dieselben Kolonien bereits 49,4 Prozent der gesamten Weizenentlastung und 39,5 Prozent des Gesamtverbrauchs. Von der eingeführten Menge Weizen kamen in den letzten Jahren nämlich 20,5 Prozent aus Kanada, 10,6 Prozent aus Australien, 21,5 Prozent aus Britisch-Indien und 0,3 Prozent aus Neu-Seeland. Zuseht wurden also fast 40 Prozent des in England benötigten Weizens durch die Kolonien geliefert, während 22 Prozent des Weizenbedarfs in England selbst erzeugt wurden. Das Streben Englands geht dahin, den Gesamtbedarf an Weizen aus Mutterland und Kolonien zusammen zu decken, um so von fremden Ländern unabhängig zu werden, und die Selbstversorgung ist diesem Streben nicht ungunstig. Denn während sowohl in europäischen als auch in anderen Ländern die Ausbreitung des Anbaues von Weizen ziemlich gleichen Schritt gehalten hat mit der Zunahme der Bevölkerung, ist im britischen Weltreich die Ausbreitung des Weizenanbaues von 1901—1911 etwa siebenmal größer gewesen als die Vermehrung der Einwohnerzahl. Der Bedarf an Getreide wird in England zu 60 Prozent, der an Hafer zu 75 Prozent im Lande selbst erzeugt. Der Maisbedarf muß ganz aus überseeischen Gebieten eingeführt werden. Die Kolonien haben daran nur einen unbedeutenden Anteil, da 93 Prozent von Argentinien und den Vereinigten Staaten geliefert werden.

Die freien Gewerkschaften sind, wie das soeben erschienene „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ an einigen Zahlen nachweist, von dem Weltkriege ebenfalls ziemlich stark mitgenommen worden. Aufgaben liegen vor für 20 größere Zentralverbände, die rund 90 Prozent der Gesamtmitgliedszahl der freien Gewerkschaften darstellen, und zwar bis in das laufende Jahr hinein. Ende 1913 betrug die Gesamtmitgliedszahl der freien Gewerkschaften 2.498.959. Diese Zahl sank bis zum Ende des Jahres 1914 auf 1.495.428, verminderte sich also um über 1 Million.

Zum Kriegsdienst waren bis zum Ende des Jahres 1914 746.000 Mitglieder einberufen; es haben mithin mehr als eine Viertelmillion Arbeiter im ersten Kriegsjahr die Gewerkschaften freiwillig verlassen; wahrscheinlich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Krise, die gleich nach Kriegsausbruch eintrat. Bis Ende Februar dieses Jahres dürfte die Mitgliederzahl aller freien Gewerkschaften höchstens 950.000 betragen gegenüber 2 1/2 Millionen Ende 1913. Das bedeutet eine Abnahme von 1 1/2 Millionen Mitgliedern oder mehr als 60 Prozent. Auffallend ist, daß trotz der starken Zunahme der Frauenarbeit in der deutschen Industrie die Zahl der weiblichen Mitglieder nicht zugenommen, sondern stark abgenommen hat. Entsprechend der Verringerung der Mitgliederzahl dürften auch die Einnahmen und Ausgaben zurückgegangen sein, während das Vermögen der Gewerkschaften kaum eine erhebliche Veränderung erfahren haben wird, zumal ja die Arbeitslosigkeit während des Krieges ganz bedeutend abgenommen hat.

Zur Psychologie mancher Landwirte liefert der Landrat v. D. von Dewitz einen interessanten Beitrag. Er erklärte die Verärgerung bei den Bauern dahin, daß derjenige, der das Korn des Bauern beschlagnahmt, das er selbst gebaut hat, und daß derjenige, der ihm sein Vieh nimmt, oder dessen Ernährungsbedarf aus dem Stalle holt, nach Ansicht des Bauern ein Dieb ist. Wenn er auch ein legitimer Dieb sein mag. Es mache ihm dabei keinen Unterschied, ob der Staat oder ein von ihm beauftragter der Beschuldigte ist. Das sind ja nette Ansichten! Wenn nun alle so argumentieren wollten? Der Fabrikant, dessen Fabrikate beschlagnahmt werden, der Händler, über dessen Ein- und Verkauf Vorschriften erlassen werden, der kleine Kaufmann, dessen Geschäft oft durch Maßnahmen ruiniert wird; sie alle müßten den Staat als einen Dieb betrachten. Die große Menge der Konsumenten erst recht. Ihnen „stiehlt“ man durch die fortgesetzten Preiserhöhungen ja ihr sauer verdientes Geld aus der Tasche und dem Arbeiter, den man zum Militär einzieht, „stiehlt“ man seine Arbeitskraft, seine Freiheit und seine wenigen Spargroschen, die die Familie bald aufgezehrt hat. Wenigen soll der Staat für das Militär „Beschlagnahmen“ dürfen, er soll sie zwingen dürfen, Blut und Leben herzugeben, aber nach Ansicht mancher Landwirte soll der Staat nicht ihr Vieh und ihre Produkte

Zur Beachtung! Sonntag, den 12. November, ist der 37. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

beschlagnahmen dürfen! Es ist bedauerlich, daß solche Ansichten Platz greifen und gar ausgesprochen werden konnten. Die großen landwirtschaftlichen Organisationen und einflussreichen Leute haben noch ein gewaltiges Stück Erziehungsarbeit zu leisten, um diesen Bauern begreiflich zu machen, daß dann, wenn das Wohl und die Zukunft des ganzen Staates auf dem Spiele steht, jeder Opfer bringen muß. Die Meinung, daß ein Teil der Bevölkerung verbieten, und ein anderer opfern muß, sollte doch nach 26 Kriegsmoaten nicht mehr anzutreffen sein. Leider ist es aber so! Leider!

Waffen für das feindliche Ausland. Das deutsche Volk entrüstet sich mit Recht über das Verhalten der „neutralen“ Amerikaner, die unseren Feinden um des schönen Mammons willen riesenmengen von Munition liefern und dadurch den Krieg endlos verlängern. Noch verwerflicher im gewissen Sinne ist das Verhalten der eigenen Volksgenossen, die durch ihr unverantwortliches Verhalten uns das Durchhalten erschweren und den Feinden Wasser auf die Mühlen liefern. Dazu rechnen wir in erster Linie die Preistreiber und Kriegswucherer; dann aber auch diejenigen, die durch tendenziöse Kammerbriefe an Frontsoldaten oder Kriegsgefangene erstens den Kampfsgeist unserer Soldaten lähmen, zweitens aber auch den Feinden höchstwillkommene Waffen in die Hände spielen. Durch solche Briefe, die fast immer an Einseitigkeit und Ueberreizungen krankt, wird ein ganz falsches, irreführendes Bild über die Zustände in Deutschland gemalt. Die Feinde sammeln diese Zeremonien mit großem Fleiß, stellen sie zusammen und lassen sie in besonderen Druckschriften vervielfältigen, um sie dann massenweise in und hinter der Front zu verbreiten. Das sind dann die „authentischen Beweise“ dafür, daß Deutschland auf dem letzten Loch pfeift und bald zusammenbrechen wird. Auf diese Weise wird der Kampfsinn der feindlichen Soldaten neu befeuert und in den feindlichen Volksmassen der Wille zum weiteren Durchhalten gestärkt. Am verwerflichsten ist noch, daß in diesen Kammerbriefen tendenziöse Ueberreibungen und handgezeichnete Unwahrheiten berichtet werden. Vor uns liegt eine solche Zusammenstellung von derartigen Kriegskammerbriefen, die von feindlichen Fliegern auf unsere Truppen an der Front herabgeworfen wurden. Da heißt es in einem Brief aus Wittenberg, es gäbe Revolution, weil „nichts mehr zu essen“ da sei; ähnlich wird aus Saarbrücken geschrieben. Und aus der Nähe von Leipzig schreibt ein Kammerweib ihrem „lieben Mann“, vorm Rathaus in Leipzig ständen jeden Tag 1000 Menschen und wollten zu essen haben. Kartoffeln kosteten pro Zentner 15 M. Es folgen dann noch weitere solcher Unwahrheiten.

Die Frauen, die solche Kammer- und Lügenbriefe schreiben, sind sich wohl kaum bewußt, welches Unheil sie damit anrichten. Es muß ihnen deshalb immer wieder gesagt werden, daß sie damit nur den Feinden Deutschlands einen Dienst erweisen und den Krieg verlängern helfen. Von der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist sowohl in der Presse wie in den Versammlungen aufklärend und warnend nach der Richtung hin gewirkt worden. Es wäre dringend angebracht, daß auf der ganzen Linie noch mehr in diesem Sinne geschahen würde.

**Wirtschaftliche Bewegung
Bezirk Münster.**

Wer da glaubt, daß trotz Teuerung und Krieg überall die vereinbarten Teuerungszulagen gezahlt würden, befindet sich im Irrtum. Nur wenn die Organisation ständig für die Innehaltung der getroffenen Vereinbarungen wirkt, kommt sie den Kollegen zugute. In nachstehenden einige Orte der letzten Monate, wo erst durch das Eingreifen des Verbandes die schon vereinbarten Zulagen gezahlt, bzw. neue Lohnerhöhungen erzielt wurden.

Greven. Hier zahlten die Unternehmer erst nach wiederholten Vorstellungen einige Monate später die schon am 15. März fällige Erhöhung des Lohnes von 5 Pfennig. Als dann am 1. Juli weitere 3 Pf. zu zahlen waren, konnten sie erst dann dazu bemogen werden, als unsere Kollegen im Begriffe standen, die Arbeit niederzulegen. Jetzt wird die ganze Zulage gezahlt. Ohne straffe Organisation hätten hier die Kollegen auch nicht einen Pfennig erhalten.

Singen. Unsere Unternehmer zahlten die zweite Zulage von 3 Pf. am 1. Juli nicht. Erst nachdem sich die Bezirksleitung an den Bezirksarbeiterverband nach Bremen gewandt hatte, und ferner unsere Kollegen am Orte selbst sehr energisch den ihnen zustehenden Lohn verlangten, erhielten sie den zu wenig erhaltenen Lohn Ende Juli nachgezahlt. Die letzte Erhöhung im September wurde dann richtig gezahlt. Die Arbeitgeber hatten gesehen, daß auch während des Krieges die Organisation, sowie die Bauarbeiter selbst auf dem Posten waren, um ihre Rechte zu verteidigen.

Dülmen. Die Firma Kirchner zahlte seit 1. April 1 Pf. Lohn pro Stunde zu wenig, seit 1. Juli 3 Pf. und seit 1. September 5 Pf. Alle Bemühungen der Organisationsleitung, sie zur Innehaltung des Vertrages zu bewegen, schlugen fehl. Auch der Arbeitgeberbund erreichte mit seinen dahingehenden Bemühungen nichts; sie erklärte einfach, nur, wenn ich gezwungen werde,

zahlte ich. Da zirka 30 Bauarbeiter an der Erweiterung einer Munitionsfabrik arbeiteten, wandten wir uns in einer Eingabe an das Generalkommando des 7. Armee-korps. Wir legten die Zustände klar und erzielten mit einer weiteren Eingabe, daß die Firma gezwungen wurde, alle, seit dem 1. Juli zu wenig gezahlten Löhne nachzuzahlen, welches dann auch gegen Ende September erfolgte. Die anderen Unternehmer hatten sofort nach Mitteilung durch die Organisation sich an die getroffenen Vereinbarungen gehalten. Auch hier hätten unsere Kollegen ohne die Tätigkeit des Verbandes bestimmt nichts mehr erhalten.

Borghorst. Unsere Unternehmer zahlen 5 Pfennig Stundenlohn zu wenig. Wir haben uns dieserhalb an den Arbeitgeberbund gewandt, der versprach, alles zu tun, um dem Betrage volle Geltung zu verschaffen. Doch bis heute haben wir noch nicht die Zahlung des festgelegten Lohnes erreicht. Hier sind fast alle Kollegen jetzt eingezogen und die Unternehmer lassen es bei der wenigen Arbeitsgelegenheit einfach darauf ankommen, sie zahlen eben nicht. Doch auch die Kollegen hätten besser auf dem Posten sein müssen, denn erst nach drei Monaten erfuhr die Bezirksleitung, daß nicht der vertragliche Lohn gezahlt wurde. Mehr Rückgrat der nicht eingezogenen Kollegen wäre entschieden zu ihrem Vorteil gewesen.

Klausheide bei Nordhorn. Durch Vorstellung beim Unternehmer erzielten wir eine Lohnerhöhung von 3 Pfennig im September. Ferner wurde auf Verlangen der Kollegen ein anständiger Unterkunftsraum angewiesen. Eine nochmalige Eingabe um eine weitere Lohnsteigerung blieb ergebnislos. Es wäre bestimmt bedeutend mehr erzielt worden, wenn die hier beschäftigten Kollegen sich früher organisiert hätten. So aber traten sie erst kurz vorher auf Grund einer eifrig entfalteten Werbearbeit einiger schon länger organisierten Kollegen der Zahlstellen Lingen und Hazen dem Verbande bei. Haben wir hier auch jetzt noch nicht alles erreicht, was erreicht werden sollte, so werden wir uns den Rest zu gegebener Zeit holen. Jetzt, wo alles organisiert ist, ist es leichter möglich.

Dönabrück (Niesentlager). Hier kam es zum Abschluß eines Vertrages, der ein halbes Jahr später ablief, wenn mit allen europäischen Großmächten der Friede geschlossen ist. Erreicht wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pfennig. Sämtliche Akkordpreise wurden um 10 Prozent erhöht. Die Zulage bei auswärtigen Arbeiten erfuhr gleichfalls eine Erhöhung um täglich 50 Pfennig. Zum erstenmal mußten die Geschäfte die Organisationen anerkennen. In früheren Jahren lehnten sie stets die Zulassung der Bezirksleiter zu den Verhandlungen ab, dieses Mal mußten sie sich herbeilassen, nur mit den Bezirksleitern zu verhandeln. Jedenfalls ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Eine ganz besondere und eigenartige Rolle spielte dabei der Direktor des Dönabrücker Marmorwerks. Trozdem auch er für die betr. Firma den Vertrag unterschrieben hatte, wollte er dennoch für größere Arbeiten im Bade Dönhäusen nur die alten Löhne zahlen. Darauf beschloßen die Kollegen, keine neuen Arbeiten im Geschäft mehr anzufangen, bis der getätigte Vertrag restlos anerkannt würde. Sie lehnten darauf auch sofort die Fertigstellung einer dringenden Arbeit in Münster ab. Eine nochmalige Besprechung des betreffenden Herrn mit der Bezirksleitung in Münster führte ebenfalls zu keinem befriedigenden Ergebnis. Nachdem die Firma jedoch sah, daß sie an der Erfüllung des Vertrages nicht vorbeikam, teilte sie mit, daß sie nunmehr durch Entgegenkommen der Bauleitung in Dönhäusen in der Lage sei, für alle Arbeiten den vereinbarten Aufschlag zu zahlen.

Die vorstehenden kurz erwähnten Vorkommnisse zeigen klar und deutlich, daß ohne Verband während des Krieges keine Lohnaufbesserung erzielt wird, aber erst recht nach dem Kriege ohne ihn weder Verbesserungen zu erreichen sein, noch Verschlechterungen abgewehrt werden können. Das sollten sich besonders jene Bauarbeiter einprägen, die der Ansicht sind, während des Krieges bedürfe es keiner Organisation. Eine Lehre sollte es auch für die vom Heeresdienst rekrutierten Kollegen sein, die ihre Laubzeit damit zu entschuldigen suchen, daß sie vielleicht wieder eingezogen würden. Ein Aufhorn mögen die Vorkommnisse aber auch allen Kollegen sein, die sich noch im Heeresdienst befinden. Beweisen sie doch klar, daß auch während des Krieges ihre Interessen nicht vernachlässigt werden, und auch die zurückgebliebenen Kollegen im allgemeinen ihre Schuldigkeit tun, denn die jetzige Arbeit kommt auch ihnen zugute, wenn sie zur Friedensarbeit eifrig zurückkehren. Darum liegt es im Interesse aller, daß der Organisationsgedanke nicht nur in der Heimat, sondern auch bei den Kollegen im Heere stets wach und lebendig gehalten wird. Darum schickt die „Baugewerkschaft“ den Kollegen ins Feld; wo es von den Zahlstellen aus nicht geht, sende man die Adressen der Bezirksleitung, die sie jetzt schon stets einer stattlichen Anzahl Kollegen im Heere nachsendet.

D. Müller.

Jugendfragen in der Gewerkschaftsbewegung

Die „Deutsche Arbeit“, Monatschrift der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung, veröffentlicht im Novemberherbst einen Artikel „Zur Jugendfrage“ von Theodor Bauer, worin das Recht der Gewerkschaften auf den jugendlichen Nachwuchs mit Nachdruck verteidigt wird. Die christlichen Gewerkschaften haben sich seit einigen Jahren eifrig und erfolgreich bemüht, die gewerbliche Jugend in größerem Umfang an sich heranzuziehen. Das habe in anderen Kreisen Füllen und offenen Wider-

stand hervorgerufen. Demgegenüber und bei der gegenwärtigen Sachlage gebe es für die christlichen Gewerkschaften nur eins: „Nur erst recht weiter arbeiten auf dem eingeschlagenen Wege. Es ist ja auch der einzige Weg, um die Jugendlichen selbst dauernd und nachhaltig für ihre Beschäftigung zu interessieren und ihnen die Freude der selbständigen Mitarbeit daran zu verschaffen. Dieser Weg ist die mittlere Linie zwischen der selbständigen Jugendbewegung (ohne Mitwirkung der Erwachsenen) und der Jugendpflege (unter hauptsächlichster Mitwirkung Erwachsener bei mehr fürsorglicher Behandlung der Jugendlichen). Keine andere Jugendorganisation ist in der Lage, die Gewerkschaft bei dieser Art der Jugendarbeit zu ersetzen; es kann nur ein Hand-in-Hand-Arbeiten derselben mit den Gewerkschaften geben. Ein solches ließe sich beispielsweise hinsichtlich der gewerblichen Fortbildung zwischen christlichen Gewerkschaften und Gesellen- und Lehrlingsvereinen außerordentlich fruchtbar gestalten.“

Weil aber das Jugendproblem durch die Gewerkschaften nicht vollständig erfaßt werde, z. B. die sittlich-religiöse Erziehung außerhalb der gewerkschaftlichen Tätigkeit liege, hätten die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911 mit den katholischen Jugendvereinen eine gegenseitige Arbeitsleistung vereinbart, die den konfessionellen Vereinen die religiös-sittliche Seite überläßt, die aber gleichzeitig auch die Verpflichtung einer gegenseitigen Förderung in sich schloß. Darin erinnert der Verfasser im Hinblick auf die Jugendleiterschaft, die von einer Fuldaer Konferenz der preussischen Bischöfe aus Anlaß der vom Reichstag beschlossenen Abänderung des Reichsvereinsgesetzes bekanntgegeben wurden. „Die christlichen Gewerkschaften“, so heißt es im Anschluß daran, „hätten oft und wiederholt feststellen müssen, daß man ihnen die Ausführung der Beschlüsse von 1911 allein überließ. Daher ist aus Gründen der Selbstachtung schließlich noch einmal hervorzuheben, daß die von den christlichen Gewerkschaften gegebene Zusicherung, daß sie die erziehenden, bildenden und unterhaltenden Aufgaben der Jugendpflege den konfessionellen Jugendvereinen überlassen“, nur gegen die Zusicherung der konfessionellen Jugendvereine zustande gekommen ist, von ihrer Seite aus die Arbeitsleistung zu erleichtern und die Gewerkschaftstätigkeit zu unterstützen. Daher kann die betr. Zusicherung auch nur gegenüber solchen Jugendvereinen aufrechterhalten bleiben, die ihrerseits die wirtschaftliche Interessenvertretung den christlichen Gewerkschaften vorbehaltlos zuerkennen. Gegenüber Jugendvereinen, die nicht praktisch den christlichen Gewerkschaften die wirtschaftliche Interessen-Wahrnehmung zuerkennen, anerkennt die christlichen Gewerkschaften keinerlei Bindung. Es kommt also beiderseits auf den guten Willen an sich an, der bei den christlichen Gewerkschaften stets vorhanden war und ist.“

Der Arbeitsmarkt im September.

Unverändert kräftige Weiterführung der Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft durch die Versorgung des Heereskörpers wie des Inlandsmarktes erwachsen sind, so schreibt das Reichsarbeitsblatt, ist auch das Zeichen, in dem der Monat September, der zweite Monat des dritten Kriegsjahres, gestanden hat. Dem Vorjahr gegenüber zeigen sich teilweise Steigerungen im Geschäftsgang einzelner großer Gewerkschaften.

Für den Bergbau wie für die Eisen- und Metallindustrie herrschte im Berichtsmonat ebenso starke Tätigkeit wie im Vormonat und im Vorjahr. Zum Teil ist in der Metallindustrie eine weitere Steigerung dem September 1915 gegenüber hervorgetreten. Das gilt auch für den angespannt arbeitenden Maschinenbau wie für die elektrische Industrie. Auch die chemische Industrie weist, namentlich für die Herstellung chemisch-pharmazeutischer Präparate wie für die Farbstoffherstellung eine Verbesserung der Geschäftslage teils dem Vormonat, teils dem Vorjahr gegenüber auf. In der Holzindustrie wie in der Genussmittelindustrie ist die Lage im allgemeinen unverändert. Ebenso sind für den Baumarkt wesentliche Verschiebungen nicht festzustellen.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt abermals eine günstigere Gestaltung der Marktsverhältnisse für die Arbeitererschaft erkennen. Nicht nur für die männlichen, sondern auch für die weiblichen Arbeitsuchenden hat eine Abnahme des Angebots stattgefunden. Im September konnten bei den Männern 68 (gegen 72 im Vormonat) und beim weiblichen Geschlecht 134 Arbeitsuchende (gegen 142 im August) auf je 100 offene Stellen.

Die Berichte der Arbeitsnachweiserverbände verzeichnen für Mecklenburg-Schwerin wie für Pommern, Königreich Sachsen, Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wie auch für Hamburg keine wesentliche Veränderung der Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes. Das gleiche gilt auch für Bayern und Baden. Für Württemberg ergibt sich zum Teil eine weitere Verbesserung der Verhältnisse zugunsten der Arbeitsuchenden. In Württemberg macht sich im ganzen Land ein Aufschwung des männlichen Arbeitsmarktes geltend. Im Vergleich mit der Nachfrage nach männlichen wie nach weiblichen Arbeitskräften in der Industrie wie im Kleingewerbe schwächen sich die Arbeitsnachweiserverbände für die weiblichen Arbeitsuchenden günstiger als im Vormonat stellt. In Württemberg herrscht für männliche Arbeitsuchende im wesentlichen die gleiche Lage wie im August. Während in Bayern der weibliche Arbeitsmarkt sich etwas verschlechtert, und während auch in Thüringen nicht die Verbesserung eingetreten ist, die für den weiblichen Arbeitsmarkt zu erwarten war, nach für Hessen und Baden-Württemberg, wie für Pommern, Sachsen und Bayern der weibliche Arbeitsmarkt sich im Vergleich mit dem männlichen Arbeitsmarkt günstiger als im Vormonat stellt. In Württemberg herrscht für männliche Arbeitsuchende im wesentlichen die gleiche Lage wie im August. Während in Bayern der weibliche Arbeitsmarkt sich etwas verschlechtert, und während auch in Thüringen nicht die Verbesserung eingetreten ist, die für den weiblichen Arbeitsmarkt zu erwarten war, nach für Hessen und Baden-Württemberg, wie für Pommern, Sachsen und Bayern der weibliche Arbeitsmarkt sich im Vergleich mit dem männlichen Arbeitsmarkt günstiger als im Vormonat stellt.

schäftigung im allgemeinen etwas günstiger als im Vormonat. Auch in Berlin-Brandenburg hielt die für August gemeldete verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften im Oktober an und führte zu einer weiteren Erhöhung der Vermittlungsergebnisse.

Verbandsnachrichten

Samstag in Westfalen. Unsere am 22. Oktober stattgefundene Verwaltungskonferenz hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Den einberufenen Kollegen aller Zahlstellen soll zur Weisheitzeit ein Liebespaket zugesandt werden. Infolge fehlender Aufwendungen aus den Lokalkassen beselbstet ist der Bestand derselben fast aufgebraucht. Infolgedessen soll jedes Mitglied außer dem Winterbeitrag von 2,40 M noch mindestens 1 M Extrabeitrag leisten, welcher ebenfalls durch eine entsprechende Marke quittiert wird. Die Konferenz erwartet, daß alle Mitglieder im Interesse der im Felde stehenden Kollegen diesem Beschlusse bereitwillig nachkommen.

Die Vertrauensleute sowie die Mitglieder werden gebeten, die genauesten Feldadressen der einberufenen Kollegen zu sammeln, und dieselben an den Kollegen Joh. Bucher, Hammt. W. Wilhelmstr. 11, einzusenden. Auch die im Felde stehenden Kollegen, soweit ihnen dieses zur Kenntnis kommt, wollen ihre Feldadresse an den Genannten einsenden.

Schneidemühl. Am Sonntag, den 15. Oktober d. J. fand nachmittags 3 Uhr in Schneidemühl eine gut besuchte Konferenz der christlichen Gewerkschaften statt. Vertreten waren aus Schneidemühl die Bau-, Holz-

einem Appell, fest und treu zu der Organisation zusammenzuhalten, schloß er seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Hierauf sprach Kollege Wieberg in längerer Ausführungen über die Ursachen der Lebensmittelteuerung. Redner wies nach, daß der Landwirtschaft allein nicht die Schuld zugemessen werden kann, wenn die Preise für die Lebensmittel so gewaltig empor gegangen sind. Auch die Regierung habe alles getan, was möglich war, damit gewissen Kreisen der Handwerker gelegt wurde. Redner beleuchtete die Schwierigkeiten, die das Kriegsbernährungsamt bei Festsetzung von Höchstpreisen zu überwinden hat. Redner ging dann über zu den Aufgaben der Gewerkschaften nach dem Kriege. Derselbe trat dafür ein, daß in allen größeren Orten die Konsumgenossenschaften gegründet werden müßten. Es gelte ferner einzutreten für eine gesunde Wohnungs- und Steuerpolitik. Auch politisch muß der Arbeiterstand mehr Recht zugebilligt werden. Heute herrschte Ansicht, daß man in dem Arbeiter nur den Arbeiter und nicht einen gleichberechtigten Staatsbürger sieht, muß verschwinden. Reicher Bessersolante die lehrreichen Ausführungen. Als dritter Redner sprach Kollege Weigelt, Berlin, über die „Soziale Frage im und nach dem Kriege“. Ausgehend von dem Kaiserlichen Volkstag vom 17. November 1881, streift Redner die ganze Arbeiterversicherungs- und Schutzgesetzgebung. Zahlenmäßig wurde nachgewiesen, welche hohen Summen verausgabt worden sind, damit der deutsche Arbeiterstand gesund und leistungsfähig erhalten geblieben ist. Im gegenwärtigen Weltkriege offenbart sich die Segnungen der sozialen Fürsorge. Es muß nunmehr dafür gesorgt werden, damit die Soldaten, welche ihre Gesundheit im Kriege eingebüßt haben, auch nach dem Kriege genügend versorgt werden. Auch dieser Redner spendete die Anwesenden reichen Beifall. Nach einer längeren Aussprache schloß Kollege Vollmann mit folgenden Schlußworten die gut verlaufene Konferenz:


Bücherchau

Gegen die Moskowiter. Von Dr. Kurt Floerke 2. Halbband; Das Ringen um Galizien. 3. Halbband Gegen Dobs und Warschau. Sammlung Stuttgarter Kriegsbücher. Preis des Bandes geb. 1 M. Stuttgart, Franck'sche Verlagshandlung. Die kriegerischen Vorgänge auf dem östlichen Kriegsschauplatz aus der bis jetzt vorliegenden Material in zusammenhängender Form zu bringen, hat Dr. Kurt Floerke in seiner Sammlung „Gegen die Moskowiter“ (Stuttgarter Kriegsbücher, Preis jedes Bändchens geb. 1.- M., Stuttgart, Franck'sche Verlagshandlung) begonnen. Dem vor einigen Monaten erschienenen 1. Halbband „Die Masurenschlachten“ sind zwei weitere gefolgt: „Das Ringen um Galizien“ (Lemberg—Limanowa—Przemysl) und „Gegen Dobs und Warschau“. Auch diese Bändchen zeichnen sich durch ihre vorzügliche Darstellungweise, anregende Behandlung des gegebenen Stoffes und wahrheitsgetreue auch für später geschichtlich wertvolle Schilderung der kriegerischen Ereignisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz aus. Dabei versteht es Dr. Kurt Floerke, auch dem Gegner Anerkennung tapferen Verhaltens zu zollen, wo es tatsächlich der Fall ist, auf der anderen Seite aber auch die mitunter barbarische Kriegführung der Russen in ihrer ganzen Scheußlichkeit zu brandmarken. Die Sammlung „Gegen die Moskowiter“ gehört mit zu den besten Veröffentlichungen über die kriegerischen Ereignisse im Osten.

Bekanntmachung

Achtung! Verwaltungsstellen Oberhausen und Duisburg!

Alle zureisenden und vom Heeresdienst entlassenen Kollegen müssen ihre Anmeldung unverzüglich bei folgenden Kassieren bei einzelnen Zahlstellen machen: Oberhausen: Jos. Trautmann, Zimmerstraße 38, Mülheim. Th. Schneider, Friebersstraße 54, Mülheim-Broich. H. Benzel, Kirchstraße 83, Sterkrade. Jos. Optenhövel, Biesfang, Diersstraße 18, Hamborn. Ernst Dobe, Rannenbergstraße 49, M. a. G. Gust. Schumann, Grillostraße 18, Neumühl. Jos. Lang, Leihstraße 86, Herten. Karl Brähler, Langestraße 21, Hertenfeld. Heinrich Gohde, Breitelstraße 198, Duisburg! Hubert Schmidt, Wilhelm-Tell-Straße 14, auch ist der Kollege Schmidt jeden Abend um 7 Uhr auf dem Bureau des Verbandes, Realschulstraße 2 zu treffen. Duisburg-See. Theodor Stapelmann, Friedrichs-Karl-Straße 17. Großenbaum. Peter Esper, Angermünder-Straße 7, Ruhrort. Anton Langlich, Fürst-Bismarck-Straße 30, Wanheim. Karl Häsel, Gärtnerstraße 29, Bocholt. Wilhelm Horn, Augustastr. 85/7a, Baderich. Gerh. van de Sand, Venloer-Straße 17, Wesel. Wilh. Sträßer, Heuberg Nr. 9, Wörs. Wilh. Hoffmann, Arnulfstraße 30, Rheurdt. Heinrich Baeken. Zanten. Jos. Brauer, Zanten-Büttlingen. Duisb.-Reiderich. Eugen Wiegand, Kopmannstraße 20b. N. B. In allen Orten kann den Kollegen lohnend und dauernde Beschäftigung nachgewiesen werden. Das Verbandsbureau für beide Verwaltungsstellen befindet sich in Duisburg, Realschulstraße 2. Alle Anfragen sind nach dort zu machen. Der Verwaltungsstellen-Vorstand. J. A.: Bernh. Richter.



Es starben den Helbentod fürs Vaterland die Kollegen:

Jacob Nolte aus Breitenberg.	Verwaltungsstelle Essen.
Heinrich Weirich.	Zahlstelle Westhausen.
Karl Schmel.	Zahlstelle Oberhausen.
Joh. Sämann.	Zahlstelle Pfauhausen.
Mag. Walter.	Zahlstelle RVN, Betonarbeiter.
Wilh. Lud.	Zahlstelle Oberrod.
Karl Supfa.	Zahlstelle Bremen.
Gattinger aus Eisenbach.	Zahlstelle Dortmund.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Am 27. September starb unser Mitglied **Heinr. Lopp** aus Alboxen an Lungenerleiden. Zahlstelle Dortmund.

Am 23. Oktober starb unser lieber Kollege **Heinrich Germer** an Lungenerkrankung. Zahlstelle Althorn.

Ehre ihrem Andenken!

und Tabalarbeiter. Auf Schneidemühl die Holz- und Bauarbeiter. Arbeitersekretär Vollmann eröffnete die Konferenz und begrüßte die erschienenen Delegierten und Vertreter der Organisationen. Erschienen war von den Bauarbeitern der Zentralvorsitzende Kollege Wieberg und der Bezirksleiter, Kollege Müller. Von den Holzarbeitern der Bezirksleiter, Kollege Weigelt. Mit ehrenwerten Worten gedachte Kollege Vollmann zunächst der gefallenen Bezirksleiter des Holzarbeiterverbandes Kollegen Knock und Schopohl und gab darauf die Tagesordnung bekannt. Die Delegierten berichteten über den Stand und die Tätigkeit der einzelnen Ortsgruppen. Von allen Rednern wurde der feste Wille zum Ausdruck gebracht: Wir halten durch trotz aller Schwierigkeiten und werden alles aufbieten, die Ortsgruppen lebensfähig zu erhalten. Die Holzarbeiter Schneidemühs konnten berichten, daß sie 47 Reenanahmen während des Krieges gemacht haben. Kollege Müller hielt dann einen Vortrag über die Aufgaben der Gewerkschaften im und nach dem Kriege. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Gewerkschaften auch während des Krieges sich als wirksame Interessenvertretung der Arbeiter erweisen haben. Große Opfer hat der Krieg von den Gewerkschaften gefordert. Trotzdem ist viel für die Arbeiter erreicht worden. Anfangs des Krieges wurde alles getan, um die Arbeitslosigkeit zu mildern. Es wurde sorgfältig darüber gewacht, daß die bestehenden Tarifverträge ungeschädigt wurden. Als die Lebensmittelteuerung immer stärker in den Vordergrund trat, wurde alles unternommen, damit den Arbeitern Teuerungszulagen gezahlt werden. Die abgeschlossenen Tarifverträge wurden mit entsprechenden Zulagen versehen. Erfolgreich traten die Gewerkschaften dem Lebensmittelwucher entgegen. Große Aufgaben in wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Beziehung hatten auch nach dem Kriege. Mit